

Gehwegbau in Oberauerbach größter Brocken

Gesamtvolumen des Haushalts der Gemeinde Auerbach beträgt rund 7,5 Millionen Euro

Einstimmig beschloss der Gemeinderat den ausführlich vorberatenen Haushalt 2019 mit einem noch nie da gewesenen Gesamtvolumen von 7.443.541 Euro und den Finanzplan bis 2022. Mit 4.033.041 Euro liegt der Verwaltungshaushalt erstmals über der Vier-Millionen-Euromarke.

Die alten Hebesätze bleiben auch die neuen, wie bereits im Dezember beschlossen wurde. Sie liegen seit 1986 unverändert bei 350, 320 und 330 Punkten für Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer. Die Gemeinde ist seit 2010 schuldenfrei und wird es auch im neuen Haushaltsjahr aufgrund eines guten Rücklagenpolsters bleiben. Die größten Einnahmeposten im Verwaltungshaushalt sind der Einkommensteueranteil (1.270.000), die Gewerbesteuer (800.000), die Schlüsselzuweisung (442.156) die Grundsteuer A und B (162.000), die Einkommensteuerersatzleistung (94.000), die Konzessionsabgabe (50.000) und der Straßenunterhaltungszuschuss (53.000). Die Einnahmen aus Wasserverbrauchsgebühren sind mit 220.000 Euro veranschlagt, die Kanalbenutzungsgebühren mit 145.000 Euro. Auf 308.000 Euro beläuft sich der Ansatz für die Betriebskostenförderung des Staates für den Kindergarten.

Die größten Ausgabenposten des Verwaltungshaushalts sind die Kreisumlage (876.100), die Personalkosten (668.032), die Schulverbandsumlage zur Mittelschule Hengersberg (150.000), die Gewerbesteuerumlage (166.000), die Betriebskostenförderung für Kindergärten (518.000), die Wasserversorgung (220.000) und die Abwasserbeseitigung (178.000). Dem Vermögenshaushalt können 576.321 Euro zugeführt werden.

Der Umfang des Vermögenshaushalts liegt bei beachtlichen 3.410.500 Euro. Die größten Investitionen erfordern der Gehwegbau mit Straßenbeleuchtung in der Oberauerbacher Straße mit 704.000 Euro, der Breitbandausbau mit 400.000 Euro und Straßensanierungen in Oberauerbach, Kaltenbrunn und Reiperding ebenfalls mit 400.000 Euro. Die Anschaffung eines Löschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr mit 300.000 Euro wurde vorsorglich ebenfalls eingeplant. Eventuell kommt die Auszahlung erst 2020 zum Tragen. Die Heizungserneuerung in der Grundschule schlägt mit 135.000 Euro zu Buche. Auch für diverse Grunderwerbe wurden umfangreiche Mittel bereitgestellt, um bei Bedarf handlungsfähig zu sein. Zum Haushaltsausgleich ist, sofern alle Ausgaben anfallen, eine Rücklagenentnahme in Höhe von 1.928.679 Euro erforderlich. An Einnahmen im Vermögenshaushalt wird aus dem Verkauf von Baugrundstücken mit 252.000 Euro gerechnet. 234.000 sind an Zuschuss für den Breitbandausbau eingeplant. Die Investitionspauschale des Freistaates beträgt 126.500 Euro.